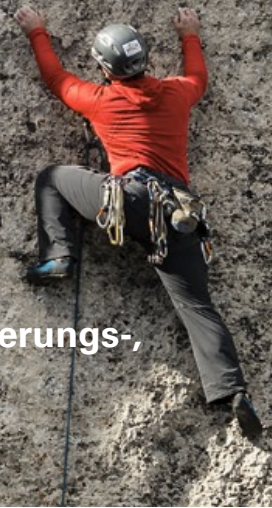


Tax Personnel News

Maßgebliche Regelungen und Werte 2018 im Sozialversicherungs-, Arbeits- und Lohnsteuerrecht



Die wesentlichen Änderungen der Regelungen und Werte im Sozialversicherungs-, Arbeits- und Lohnsteuerrecht werden nachfolgend dargestellt.

I. Sozialversicherungsrecht:

1. Versicherungs- und Beitragsrecht:

1.1 ASVG-Beitragsätze und -grundlagen:

| Beitrags- in % | Arbeiter (A1) | | | Angestellte (D1) | | | freie Dienstnehmer | | |
|-------------------|---------------|-------|-------|------------------|-------|-------|--------------------|-------|-------|
| | DN | DG | Summe | DN | DG | Summe | DN | DG | Summe |
| KV ¹ | 3,87 | 3,78 | 7,65 | 3,87 | 3,78 | 7,65 | 3,87 | 3,78 | 7,65 |
| UV ² | - | 1,30 | 1,30 | - | 1,30 | 1,30 | - | 1,30 | 1,30 |
| PV ³ | 10,25 | 12,55 | 22,80 | 10,25 | 12,55 | 22,80 | 10,25 | 12,55 | 22,80 |
| AIV ⁴ | 3,00 | 3,00 | 6,00 | 3,00 | 3,00 | 6,00 | 3,00 | 3,00 | 6,00 |

¹ Bei Lehrlingen, deren Lehrverhältnis vor dem 01.01.2016 begonnen hat, wird der KV-Beitrag für die ersten zwei Jahre der Lehrzeit aus den Mitteln der KV getragen (§ 57a ASVG). Die 2-Jahresfrist stellt auf die im jeweiligen Lehrbetrieb zurückgelegte Dienstzeit ab; bei einer verkürzten Lehrzeit kann es daher dazu kommen, dass für die gesamte Lehrzeit keine KV-Beiträge zu zahlen sind. Für alle anderen Lehrverhältnisse beträgt der Beitragssatz 3,35 %, wobei auf den Dienstgeber 1,68 % und auf den Lehrling 1,67 % entfallen (§ 51 Abs 1 Z 1 lit g iVm Abs 3 Z 1 lit d ASVG).

² Keine Beitragspflicht besteht für Lehrlinge sowie für Personen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben (§ 51 Abs 6 ASVG). Der UV-Beitrag fällt auch unter die Befreiungen des Neugründungsförderungsgesetzes (siehe dazu § 1 Z 7 NeuFöG).

³ Seit 1.1.2017 sind hinsichtlich jener Dienstnehmer, die die Regelpension trotz Erfüllung der Voraussetzungen nicht in Anspruch nehmen und weiterarbeiten, nur die halben Pensionsversicherungsbeiträge zu entrichten. Diese Begünstigung ist an die durch den Pensionsaufschub bewirkte Erhöhung der Regelpension (Bonifikation) geknüpft und kann daher bis zur Altersgrenze von 63 bzw 68 Jahren in Anspruch genommen werden.

⁴ Von der AIV-Pflicht ausgenommen sind jene Personen, die nach dem 31.12.1952 geboren sind und bereits eine Alterspension erhalten oder einen Anspruch auf eine Alterspension - mit Ausnahme der Korridorpension - haben oder das 63. Lebensjahr vollendet haben (§ 1 Abs 2 lit e AIVG). Bis 31.12.1952 Geborene sind jedenfalls ab Vollendung des 60. Lebensjahres ausgenommen (§ 79 Abs 124 AIVG).

| | | | | | | | | | |
|---------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| WBF ⁵ | 0,50 | 0,50 | 1,00 | 0,50 | 0,50 | 1,00 | - | - | - |
| KU ⁶ | 0,50 | - | 0,50 | 0,50 | - | 0,50 | 0,50 | - | 0,50 |
| IESG ⁷ | - | 0,35 | 0,35 | - | 0,35 | 0,35 | - | 0,35 | 0,35 |
| Summe | 18,12 | 21,48 | 39,60 | 18,12 | 21,48 | 39,60 | 17,62 | 20,98 | 38,60 |
| NSchG ⁷⁾ | | 3,40 | 3,40 | | | | | | |
| SchlW ⁸⁾ | 0,70 | 0,70 | 1,40 | | | | | | |

Die AIV-Dienstnehmerbeiträge bei geringem Einkommen sind wie folgt gestaffelt:

| monatliche Beitragsgrundlage | Versicherungsanteil |
|--------------------------------|---------------------|
| bis 1.381,00 € | 0 % |
| über 1.381,00 € bis 1.506,00 € | 1 % |
| über 1.506,00 € bis 1.696,00 € | 2 % |
| über 1.696,00 € | 3 % |

Lehrlinge, deren Lehrverhältnis bis zum 31.12.2015 begonnen hat, sind nur im letzten Lehrjahr bzw wenn sie aufgrund des Kollektivvertrages Anspruch auf eine Lehrlingsentschädigung mindestens in der Höhe des niedrigsten Hilfsarbeiterlohnes haben, arbeitslosenversichert (§ 1 Abs 1 lit b AIVG idF vor dem StRefG 2015/16, BGBl I 118/2015).

Für Lehrlinge, deren Lehrverhältnisse später begonnen hat bzw beginnt, sind während der gesamten Dauer der Lehrzeit AIV-Beiträge iHv grundsätzlich 2,4 % (Lehrling: 1,2 %, Arbeitgeber: 1,2 %) zu bezahlen (§ 2 Abs 1 AMPFG). Wenn das Monatsentgelt 1.381,00 € nicht übersteigt, beträgt der vom Lehrling zu tragende Anteil 0 %. Bei einem Monatsentgelt über € 1.381,00 bis € 1.506,00 € beträgt der vom Lehrling zu tragende Beitragssatz lediglich 1 % (§ 2a Abs 1 AMPFG). Der Anteil des Arbeitgebers beträgt hingegen während der gesamten Lehrzeit 1,2 %.

- ⁵ Diese Beiträge sind nur von der allgemeinen Beitragsgrundlage (also nicht von den Sonderzahlungen) zu bemessen (§ 3 Abs 1 lit a WohnbaufördbetrG). Lehrlinge sind von der Beitragspflicht ausgenommen (§ 2 Abs 3 lit a WohnbaufördbetrG). Der Wohnbauförderungsbeitrag fällt auch unter die Befreiungen des Neugründungsförderungsgesetzes (siehe dazu § 1 Z 7 NeuFöG).
- ⁶ Geschäftsführer und Vorstandsmitglieder von Kapitalgesellschaften bzw in Unternehmen mit anderer Rechtsform leitende Angestellte, denen dauernd maßgeblicher Einfluss auf die Führung des Unternehmens zusteht, gehören nicht der AK an (§ 10 Abs 2 Z 2 AKG). Die AK-Umlage ist nicht von Lehrlingen zu entrichten und nur von der allgemeinen Beitragsgrundlage (nicht von den Sonderzahlungen) zu bemessen (§ 17 Abs 2 Z 1, § 61 Abs 2 AKG).
- ⁷ Keine Beitragspflicht besteht für Lehrlinge sowie für Personen, die das 63. Lebensjahr vollendet haben (§ 12 Abs 2 IESG). Mangels Anspruch auf Insolvenz-Entgelt sind auch für Gesellschafter, denen ein beherrschender Einfluss auf die Gesellschaft zusteht, und nach der OGH-Judikatur (zB 8 Ob S 6/14m) für Vorstände einer Aktiengesellschaft, auch wenn diese der Arbeitslosenversicherung und der Lohnsteuerpflicht unterliegen, keine Beiträge zu entrichten.
- ⁷ Der Nachtschwerarbeits-Beitrag ist für Dienstnehmer zu entrichten, die innerhalb eines Kalendermonats an mindestens sechs Arbeitstagen Nachtschwerarbeit erbringen.
- ⁸ Die Beitragspflicht gilt für Beschäftigungsverhältnisse, die unter das Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz (BSchEG) fallen, und dient der Finanzierung der Schlechtwetterentschädigung. Kein Beitrag ist für die Dauer einer Beschäftigung von Arbeitern auf Auslandsbaustellen, für Angestellte bzw Lehrlinge in Angestelltenberufen und für geringfügig Beschäftigte zu entrichten. Die Befreiung für gewerbliche Lehrlinge ist mit 01.01.2017 weggefallen (BGBl I 72/2016).

Nach einem aktuellen Gesetzesentwurf sollen **ab 1.7.2018 erhöhte Grenzen** (1.648,00 statt 1.381,00, 1.798,00 statt 1.506,00 und 1.948,00 statt 1.696,00 €) gelten.

ASVG-Geringfügigkeitsgrenze 438,05 €

Freigrenze für die Dienstgeberabgabe (16,4 % der geringfügigen Entgelte zuzüglich UV [1,3 %]) nach dem DAG monatlich 657,08 €

Allgemeine, tägliche Höchstbeitragsgrundlage (HBGI) 171,00 €

allgemeine HBGI monatlich 5.130,00 €

HBGI für Sonderzahlungen jährlich zusätzlich 10.260,00 €

monatliche HBGI für freie DN ohne Sonderzahlungen 5.985,00 €

1.2 Beitragssätze, Beitragsgrundlagen bzw Versicherungsgrenzen für Selbständige (GSVG):

Die Beitragssätze und Mindestbeitragsgrundlagen für „alte“ (gewerblich) Selbständige betragen:

| | KV ^{8, 9} | | | PV ⁹ | | |
|------------|----------------------|----------|---------|----------------------|----------------------|----------|
| | Beitragssatz in % | MBGrL | Zahlung | Beitragssatz in % | MBGrL | Zahlung |
| | | €/Monat | | | €/Monat | |
| | 7,65 | 438,05 | 33,51 | 18,5 | 654,25 ¹⁰ | 121,04 |
| HBGrI in € | | 5.985,00 | 457,85 | | 5.985,00 | 1.107,23 |

Für die neuen Selbständigen gilt seit 2016 eine einheitliche Versicherungsgrenze im Ausmaß des 12-fachen der ASVG-Geringfügigkeitsgrenze (2018 daher 5.256,60 €).

Für alte und neue Selbständige gelten die gleichen Beitragssätze. Der pauschalisierte Monatsbeitrag für die Unfallversicherung beträgt 9,60 €.

1.3 SV-Verzugszinsen:

Die Verzugszinsen für 2018 betragen unverändert 3,38 % pa.

⁸ Die Regelungen über niedrigere Mindestbeitragsgrundlagen für Jungunternehmer sind 2016 entfallen. Jungunternehmer (Gewerbetreibende, die sich erstmalig selbständig machen, im Gründungsjahr und den darauf folgenden zwei Kalenderjahren) sind nur mehr insoweit begünstigt, als die Nachbemessung der Beiträge in der KV unterbleibt.

⁹ Mit der KV werden auch zusätzlich die Beiträge in die BV-Kasse (1,53 % der KV-Beitragsgrundlage) eingehoben.

¹⁰ Eine Absenkung der Mindestbeitragsgrundlage in der Pensionsversicherung auf das Niveau der ASVG-Geringfügigkeitsgrenze erfolgt schrittweise ab 2018.

1.4 Aktuelle Änderungen der Rechtslage:

- Das **Krankengeld für Selbständige** wird ab 1.7.2018 statt wie bisher ab dem 43. Tag der Erkrankung in Zukunft ab dem 4. Tag rückwirkend ausbezahlt. Voraussetzung ist, wie derzeit, eine Krankenstandsdauer von mindestens 43 Tagen.
- Seit 1.7.2017 kann für die zusätzliche Einstellung von Arbeitskräften bei der Austria Wirtschaftsservice GmbH (AWS) ein Antrag auf Gewährung eines **Beschäftigungsbonus** gestellt werden (siehe [TPN 3 und 8/2017](#)).

Der diesbezügliche schriftliche Antrag ist unter Einbindung eines Wirtschaftstreuhanders innerhalb von 30 Tagen ab Beschäftigungsbeginn der Arbeitskraft, mit der das erste zusätzliche förderungsfähige Vollzeit-äquivalent erreicht wird, zu stellen. Dieser Förderungsvertrag kann um zusätzliche förderungsfähige Arbeitskräfte erweitert werden, wenn die Neueinstellung innerhalb von 30 Tagen ab Beschäftigungsbeginn nachgewiesen wird.

Der Bonus soll die Hälfte der für die förderungsfähigen Neueinstellungen entrichteten Lohnnebenkosten (soweit sie maximal von der ASVG-Höchstbeitragsgrundlage bemessen werden) für die Dauer von bis zu drei Jahren ersetzen. Er soll jeweils einmal jährlich im Nachhinein zur Auszahlung gelangen, soweit im Vergleich zum Referenzwert (= höchster Beschäftigtenstand im Unternehmen an fünf Stichtagen vor Beginn des Fördervertrages) ein Beschäftigungszuwachs nachgewiesen wird.

Aufgrund eines Beschlusses der neuen Bundesregierung können Anträge und Erweiterungen zum Beschäftigungsbonus nur mehr bis 31.1.2018 eingebracht werden (siehe [Tax Flash 1/2018](#))!

Da bisher die europarechtliche Zulässigkeit des Beschäftigungsbonus (v.a. im Hinblick auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit) noch nicht endgültig geklärt war, wurden noch keine Förderzusagen erteilt. Nunmehr scheint eine Lösung gefunden worden zu sein, und dem Vernehmen nach wird das aws nach Vorliegen der hinsichtlich des Antrags- und Erweiterungsschlusses 31.1.2018 adaptierten Sonderrichtlinie mit der Ausfertigung der Förderzusagen beginnen.

- Seit 1.7.2017 gelten aufgrund des **Sozialversicherungs-Zuordnungsgesetzes** (SV-ZG) neue Regelungen hinsichtlich der Umqualifizierung von Selbständigen in Unselbständige (siehe [TPN 9/2017](#)):
 - In folgenden Fällen ist die sozialversicherungsrechtliche Zuordnung unter Einbindung aller betroffenen Versicherungsträger und des Finanzamtes bindend für die Zukunft festzulegen:
 - Drohende rückwirkende Neuordnung eines (Schein-)Selbständigen in die ASVG-Pflichtversicherung im Zuge einer GPLA,
 - Anmeldung zur GSVG-Pflichtversicherung aufgrund bestimmter freier Gewerbe oder als neuer Selbständiger oder
 - Antrag auf Versicherungszuordnung.
 - Die im Falle einer rückwirkenden Umqualifizierung rückzuerstattenden GSVG-Beiträge sind direkt an die GKK zu überweisen und insoweit auf die vom Dienstgeber nachzuentrichtenden ASVG-Beiträge anzurechnen.
- Der EuGH hat zum **anwendbaren Sozialversicherungsrecht** entschieden, dass keine gewöhnlich in mehreren Mitgliedstaaten ausgeübte Beschäftigung vorliegt, wenn der Tätigkeitsanteil, den ein im Ausland eingesetzter Arbeitnehmer im Rahmen seines inländischen Home Office erbringt, nur 6,5 % der Gesamttätigkeit ausmacht. Die Verwaltungskommission ist bisher davon ausgegangen, dass in der Regel ein 5 %-iger Tätigkeitsanteil ausreicht, um diese Kollisionsnorm anzuwenden (siehe [TPN 15/2017](#)).
- Im [TPN 6/2016](#) wurde über die für die Kalenderjahre 2017 bis 2019 geltende **Steuerbefreiung für temporäre Aushilftätigkeit** berichtet. Unter bestimmten Voraussetzungen sind demnach Einkünfte aus einer

Aushilfsbeschäftigung zu maximal geringfügigem Entgelt, die ausschließlich dazu dient, einen zeitlich begrenzten, den regulären Betriebsablauf überschreitenden zusätzlichen Arbeitsanfall abzudecken oder den Ausfall einer Arbeitskraft zu ersetzen, steuerfrei.

Als Pendant dazu wurde eine – befristet für 2018 bis 2020 (!) geltende - **sozialversicherungsrechtliche Sonderregelung** verankert, wonach der Dienstgeber für derartig geringfügig beschäftigte Aushilfen den pauschalen Dienstnehmerbeitrag (zzgl AK) einzubehalten und abzuführen hat und die Verpflichtung zur Entrichtung des UV-Beitrages entfällt. Diese Regelung unterscheidet sich in zwei wesentlichen Punkten von der Steuerbefreiung:

- Sie setzt voraus, dass die Aushilfstätigkeit neben einem der ASVG-Vollversicherung unterliegenden Dienstverhältnis ausgeübt werden muss (nur dann ist der pauschale Dienstnehmerbeitrag überhaupt zu entrichten; die Steuerbefreiungsregelung ist auch dann anwendbar, wenn eine selbständige, der Vollversicherung unterliegende Haupterwerbstätigkeit vorliegt).
- Sie ist anwendbar, wenn (solange) im jeweiligen Kalenderjahr der Dienstnehmer die Aushilfstätigkeit noch nicht mehr als 18 Tage ausgeübt und der Dienstgeber noch nicht mehr als 18-Tage derartige geringfügige Aushilfen beschäftigt hat. Die Steuerbefreiung steht hingegen grundsätzlich von Beginn an nicht zu, wenn die Grenze von 18 Tagen im betreffenden Kalenderjahre durch die Aushilfe oder den Dienstgeber überschritten wird.
- Der **Wohnbauförderungsbeitrag** fällt seit 1.1.2018 in die Steuerautonomie der Länder. Diese wird vorerst aber nicht genutzt, sodass der Beitrag auch 2018 weiterhin 1 % der SV-Beitragsgrundlage (je 0,5 % für Dienstnehmer und Dienstgeber) beträgt.
- Die im Zuge des **Meldepflicht-Änderungsgesetzes** beschlossene umfassende Reform des Meldewesens durch die Einführung einer monatlichen Beitragsgrundlagenmeldung treten aufgrund einer neuerlichen Verschiebung erst mit 01.01.2019 in Kraft.

2. Leistungsrecht:

2.1 Veränderliche Werte:

Für Personen, die am 15.11.2018 in einem krankenversicherungspflichtigen Dienstverhältnis stehen, ist ein E-Card-Serviceentgelt iHv 11,70 € für das Jahr 2019 fällig.

Der für die Anhebung der leistungsrechtlichen Werte maßgebliche Anpassungsfaktor beträgt 1,016. Die Pensionserhöhung für das Kalenderjahr 2018 erfolgt aufgrund des Pensionsanpassungsgesetzes (PAG) 2018 ist aber nach der Höhe des Gesamtpensionseinkommens gestaffelt.

Die höchste Pensionsbemessungsgrundlage nach dem „Altrecht“ beträgt für Stichtage im Jahr 2018 auf Basis der RL 2004 (Durchrechnungszeitraum 30 Jahre) 4.252,76 €. Die Pension darf 91,50 % der Pensionsleistung nach der RL 2003 (Durchrechnungszeitraum 15 Jahre, höchste Bemessungsgrundlage 4.660,36 €) nicht unterschreiten.

2.2 Aktuelle Änderungen der Rechtslage:

Für Kleinbetriebe, die durchschnittlich nicht mehr als 10 Dienstnehmer/Innen beschäftigen, wird der **Zuschuss zur Entgeltfortzahlung** ab 1.7.2018 von derzeit 50 % auf 75 % erhöht.

II. Arbeitsrecht und angrenzendes Recht:

1. Veränderliche Werte:

- Die **Pensionsabfindungsgrenzbetrag** (§ 1 Abs 2 Z 1 PKG) für Pensionskassenleistungen beträgt für 2018 12.300,00 €. Für Pensionsabfindungen, die diesen Betrag nicht überschreiten (Freigrenze), steht der Halftesteuersatz zu.
- Die monatliche **Ausgleichstaxe nach dem BehEinstG** beträgt:

- für Arbeitgeber mit 25 bis 99 Arbeitnehmern: 257,00 €.
- für Arbeitgeber, die zwischen 100 und 399 Arbeitnehmer beschäftigen: 361,00 €.
- für Arbeitgeber, die 400 oder mehr Arbeitnehmer beschäftigen: 383,00 €.

Für die Beschäftigung von in Ausbildung stehenden begünstigten Behinderte, erhält der Arbeitgeber vom Bundessozialamt aus Mitteln des Ausgleichstaxfonds eine Prämie iHv monatlich 257,00 €.

- Eine Beendigung eines arbeitslosenversicherungspflichtigen echten oder freien Dienstvertrages, die durch den Arbeitgeber oder im beiderseitigen Einvernehmen erfolgt, löst eine **Auflösungsabgabe** von 128,00 € aus.
- Eine abgeschlossene Konkurrenzklausel ist im Jahr 2018 ua nur dann wirksam, wenn das für den letzten Monat gebührende Entgelt 3.420,00 € (exklusive aliquoter Sonderzahlungen) übersteigt.

2. Aktuelle Änderungen der Rechtslage bzw neue Rechtsprechung:

- Zur **Angleichung von Arbeitern und Angestellten** wurden Ende 2017 folgende Neuerungen beschlossen (siehe dazu das [TPN 14/2017](#)):
 - Ab 1.1.2018 kommen die Kündigungsbestimmungen des § 20 AngG auch auf jene Angestellten, bei denen die vereinbarte oder tatsächliche Teilzeitarbeit weniger als ein Fünftel der Normalarbeitszeit beträgt, zur Anwendung.
 - Zur Angleichung der **Entgeltfortzahlungsregelungen** wurden folgende Regelungen verankert, die mit 1.7.2018 in Kraft treten und auf Dienstverhinderungen anzuwenden sind, die in einem nach dem 30.6.2018 begonnenen Arbeitsjahr eintreten:
 - Die Wiedererkrankungsregelung des § 8 Abs 2 AngG entfällt. Damit gilt auch für Angestellte ein auf das Arbeitsjahr (bzw bei entsprechender Regelung durch KV bzw BV auf das Kalenderjahr) bezogener Grundanspruch.
 - Auch Angestellte haben künftig einen eigenständigen (ohne Rücksicht auf andere Verhinderungszeiten geltenden) Entgeltfortzahlungsanspruch bei Arbeitsunfällen von zumindest acht Wochen.
 - Der Entgeltfortzahlungsanspruch pro Arbeits- bzw Kalenderjahr wird vereinheitlicht. Darüber hinaus wird der Anspruch von 8 Wochen Entgeltfortzahlung für Arbeiter und Angestellte bereits nach dem ersten (bisher erst nach dem fünften) Jahr eingeräumt.

Im gegebenen Zusammenhang wurde auch festgelegt, dass

- die Entgeltfortzahlung über das Dienstverhältnissende hinaus auch dann gilt, wenn das Dienstverhältnis krankstandsbedingt einvernehmlich beendet wird (gilt für Dienstverhältnis Beendigungen nach dem 30.6.2018),
- sich der Entgeltfortzahlungsanspruch für Lehrlinge auf acht (bisher vier) Wochen volle Lehrlingsentschädigung und weitere vier (bisher zwei) Wochen Teilentgelt erhöht (gilt für nach dem 30.6.2018 begonnene Lehrjahre) und
- ab 1.7.2018 sonstige Dienstverhinderungsgründe aus persönlichen Gründen von Arbeitern nicht mehr durch KV eingeschränkt oder ausgeschlossen werden können (unabdingbarer Anspruch).
- Die Angleichung der Kündigungsfristen und –termine der Arbeiter an die der Angestellten (zB Quartalsündigung bei AG-Kündigung, sofern nicht der 15. oder Letzte vereinbart ist) tritt ab 2021 in Kraft. Erleichterungen bestehen für Saisonbranchen und Arbeiter, die für vorübergehenden Bedarf eingestellt wurden.
- Seit 1.1.2018 sind die Internatskosten vom Lehrberechtigten zu bezahlen. Die Kosten werden nach Antrag an die Lehrlingsstelle der WK (außer Lehrberechtigte beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde oder bei einem Gemeindeverband) durch den Insolvenzentgeltsicherungsfond erstattet.
- Im Rahmen des [TPN 12/2017](#) wurde darüber berichtet, dass der VwGH seine bisherige Rechtsprechung zum **Vorliegen einer grenzüberschreitenden Arbeitskräfteüberlassung** geändert hat.

Bisher ist man davon ausgegangen, dass bereits dann von einer Arbeitskräfteüberlassung auszugehen ist, wenn ein Werkvertrag auch nur ein einziges der im Gesetz festgelegten Indizien für eine Überlassung aufweist. Da diese Beurteilung der EuGH-Judikatur widerspricht, kann nach der neuen Judikatur nur mehr dann von einer Überlassung ausgegangen werden, wenn bei einer Gesamtbeurteilung aller Umstände die für eine Überlassung sprechenden Aspekte überwiegen. Gegen Arbeitskräfteüberlassung spricht es insbesondere, wenn der Auftragnehmer für einen konkreten Leistungserfolg einzustehen hat und daher über die Zahl der diesbezüglich eingesetzten Arbeitnehmer, die seiner Dienst- und Fachaufsicht unterliegen, entscheidet. Die Annahme einer Arbeitskräfteüberlassung allein aufgrund des Aspekts der vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Materialien bzw Betriebsmittel ist unzulässig.

Die neue Rechtsprechung verringert das Risiko einer Umqualifizierung grenzüberschreitender Werkverträge in Arbeitskräfteüberlassungen. Zu beachten bleibt aber, dass auch bei der Erbringung von Werkleistungen durch ausländischen Unternehmen in Österreich umfassende formelle und materiell-rechtliche Vorschriften zur Vermeidung von Lohn- und Sozialdumping zu beachten sind (vgl dazu auch die Broschüre zum Lohn- und Sozialdumpinggesetz auf unserer Homepage).

- Im Rahmen des [BGBl I 154/2017](#) wurde verankert, dass die **Auflösungsabgabe ab 1.1.2020 entfällt**.
- Für Personen, die nach dem 30.6.2017 eingestellt werden und zum Zeitpunkt ihrer Einstellung das 50. Lebensjahr bereits vollendet haben, gilt insoweit ein **gelockerter Kündigungsschutz**, als altersbedingte Umstände im Hinblick auf die Sozialwidrigkeit nicht mehr zu berücksichtigen sind (siehe dazu das [TPN 6/2017](#)).
- Seit 1.10.2017 gelten durch **Novellierungen des Ausländerbeschäftigungs- und des Fremdenrechts** folgende Neuregelungen hinsichtlich der Beschäftigung von Drittstaatsbürgern im Inland (siehe dazu das [TPN 10/2017](#)):
 - In Umsetzung der ICT (intra-corporate transfer)-Richtlinie wird der vorübergehende unternehmens- bzw konzerninterne Transfer von drittstaatsangehörigen Schlüsselarbeitskräften (Führungskräfte, Spezialisten und Trainees mit Hochschulabschluss) durch in Drittstaaten ansässige Unternehmen in eine EU-Niederlassung erleichtert.
 - Die Zulassung zum österreichischen Arbeitsmarkt mit der Rot-Weiß-Rot-Karte für qualifizierte Fachkräfte wurde ausgedehnt.
 - Das österreichische Saisoniermodell wurde an die Saisonarbeiter-RL angepasst.
- Durch die **BUAG-Novelle** zum 1.8.2017 ergeben sich insbesondere folgende Änderungen / Erleichterungen:
 - BUAG-Arbeitnehmeransprüche im Todesfall werden effizient und ohne lange Wartezeit abgewickelt.
 - Die BUAG-Verzugszinsen betragen für das Jahr 2018 3,38%.
 - Die Frist für die automatische Auszahlung der Urlaubersatzleistung wird von 5 auf 6 Monate verlängert.
 - Die Urlaubsabfindung steht auch nach Zuerkennung von Überbrückungsgeld sofort zu.
 - Ab 1.1.2018 wurde ein an die Bedürfnisse der Bauwirtschaft angepasstes Modell der Altersteilzeit geschaffen.
 - Für fallweise Beschäftigte in der Bauwirtschaft wurde eine Sonderregelung in der Zuschlagsberechnung geschaffen.
 - Die Meldeverpflichtungen betreffend Teilzeitbeschäftigte wurden ab 1.1.2018 verschärft. Damit einher geht auch die Berechnung der Zuschläge auf Basis der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit.
- Die Sozialpartner des **Handels-KV** haben ein **neues Gehaltssystem** paktiert, das u.a. eine vereinheitlichte Gehaltstabelle mit höheren Einstiegsgehältern, eine flachere Gehaltskurve, differenziertere Beschäftigungsgruppen und eine begrenzte Anrechnung von Vordienstzeiten vorsieht. Ein Übertritt (zwingend aller Arbeitnehmer) zum neuen Gehaltssystem ist seit 01.12.2017 möglich, spätestens ab 01.12.2021 ist es verpflichtend anzuwenden.

Wir haben im [TPN 11/2017](#) zur Grundsatzeinigung der Sozialpartner berichtet und werden demnächst im Rahmen eines TPN noch zum endgültigen KV-Text Stellung nehmen.

- Mit 25.05.2018 tritt die EU Datenschutz-Grundverordnung in Kraft. Sie wird in jedem EU-Mitgliedsland unmittelbar anwendbar sein, gewährt jedoch dem nationalen Gesetzgeber gewisse Gestaltungsmöglichkeiten (Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018). Bis zum Eintritt der neuen Rechtslage müssen alle Datenanwendungen an die neuen Regelungen angepasst werden, ansonsten drohen hohe Geldstrafen. Zu diesem Thema werden wir Sie noch gesondert in einem TPN informieren

III. Lohnsteuer und Lohnnebenkosten:

1. Veränderliche Werte:

- Die „amtlichen Quadratmeterwerte“ für den **Dienstwohnungssachbezug** betragen im Jahr 2018:

| Bundesland | Richtwert |
|------------------|-----------|
| Burgenland | 5,09 € |
| Kärnten | 6,53 € |
| Niederösterreich | 5,72 € |
| Oberösterreich | 6,05 € |
| Salzburg | 7,71 € |
| Steiermark | 7,70 € |
| Tirol | 6,81 € |
| Vorarlberg | 8,57 € |
| Wien | 5,58 € |

Grundsätzlich werden die Richtwerte alle zwei Jahre etwa im April einer Anpassung unterzogen. Die Richtwerte wurden zuletzt (mit Wirksamkeit ab 1.1.2018) per 1.4.2017 neu festgelegt.

- Für das Kalenderjahr 2018 wurde der Referenzzinssatz für die Ermittlung der **Zinersparnis** bei Arbeitgeberdarlehen bzw Arbeitgeberborschüssen, soweit diese jeweils 7.300,00 € übersteigen, mit 0,50 % festgelegt.
- Der Schadstoffaustoß-Grenzwert für den niedrigeren Sachbezugswert hinsichtlich der **Privatnutzung von Firmen-KFZ** liegt ab 01.01.2018 bei 124 g/km (für PKW-Anschaffungen im Jahr 2017 liegt er bei 127 g/km, für frühere Anschaffungen bei 130 g/km). Wird ein 2018 oder später angeschafftes Firmen-KFZ, das diesen Grenzwert überschreitet, privat genutzt, dann ist ein Sachbezugswert idH von 2 (bzw bei untergeordneter Nutzung 1) % der Anschaffungskosten anzusetzen. Wird der Grenzwert nicht überschritten beträgt der Sachbezugswert 1,5%.
- Für das Jahr 2018 beträgt der **DZ** (vorbehaltlich unterjähriger Änderungen):

| Bundesland | DZ |
|------------------|--------|
| Burgenland | 0,44 % |
| Kärnten | 0,41 % |
| Niederösterreich | 0,40 % |
| Oberösterreich | 0,36 % |
| Salzburg | 0,42 % |

| | |
|------------|--------|
| Steiermark | 0,39 % |
| Tirol | 0,43 % |
| Vorarlberg | 0,39 % |
| Wien | 0,40 % |

- Die **Lohnpfändungswerte** für 2018 betragen:

| Art des Betrages | Zeitraum | Wert |
|--|----------|------------|
| Allgemeiner Grundbetrag | Monat | 909,00 € |
| | Woche | 212,00 € |
| | Tag | 30,00 € |
| Erhöhter allgemeiner Grundbetrag (wenn kein Anspruch auf Sonderzahlung besteht) | Monat | 1.060,00 € |
| | Woche | 247,00 € |
| | Tag | 35,00 € |
| Unterhaltsgrundbetrag pro Person (max für 5 Personen möglich) | Monat | 181,00 € |
| | Woche | 42,00 € |
| | Tag | 6,00 € |
| Höchstberechnungsgrundlage | Monat | 3.620,00 € |
| | Woche | 845,00 € |
| | Tag | 121,00 € |
| Absolutes Existenzminimum (normale Pfändungen) | Monat | 454,50 € |
| | Woche | 106,00 € |
| | Tag | 15,00 € |
| Absolutes Existenzminimum (Unterhaltspfändungen) | Monat | 340,88 € |
| | Woche | 79,50 € |
| | Tag | 11,25 € |

2. Aktuelle Änderungen der Rechtslage bzw neue Rechtsprechung:

- Der **DB** wird mit 01.01.2018 von bisher 4,1 auf **3,9 % der Beitragsgrundlage herabgesetzt**.
- Im [TPN 4/2017](#) wurde über eine Entscheidung des VwGH berichtet, die klarstellt, dass für **freie Dienstnehmer**, die wegen eines tätigkeitseinschlägigen Gewerbescheins oder als Freiberufler von der Pflichtversicherung nach § 4 Abs 4 ASVG ausgenommen sind, keine **Lohnnebenkosten** zu entrichten sind.
- Hinsichtlich der **Behandlung von sonstigen Bezügen in DBA-Fällen** hat die Rechtsprechung einerseits festgehalten, dass DBA-rechtlich steuerfrei gestellte Bezüge sowohl beim Aufbau als auch beim Verbrauch des so genannten Jahressechstels zu berücksichtigen sind (siehe [TPN 7/2017](#)).

Andererseits hat der VwGH klargestellt, dass in Fällen, in denen ein DBA zur Steuerentlastung die Anrechnungsmethode vorsieht, bei der Ermittlung des Anrechnungshöchstbetrages auch sonstige Bezüge bzw die darauf entfallende Lohnsteuer nach festen Sätzen zu berücksichtigen sind (siehe TPN [13/2017](#)).

- Der VwGH hat Ende 2016 entschieden, dass die **Lohnnebenkosten** auch für die vom Dienstgeber „übernommenen“ **ASVG-Dienstnehmerbeiträge im Rahmen von Altersteilzeitvereinbarungen** zu entrichten sind (siehe dazu [TPN 12/2016](#)). Das AMS hat im Frühjahr 2017 erklärt, diese Mehrkosten hinsichtlich des DB zu ersetzen (siehe dazu [TPN 5/2017](#)).
- Mit dem **Mitarbeiterbeteiligungsstiftungsgesetz 2017** wurde mit Wirkung ab 1.1.2018 eine neue Steuer- und Beitragsbefreiung für die **unentgeltliche oder verbilligte Abgabe von Aktien am Arbeitgeberunternehmen im Ausmaß von bis zu 4.500,00 €** eingeführt. Die Inanspruchnahme dieser Befreiung, die zusätzlich zur Befreiung für Mitarbeiterbeteiligungen im Ausmaß von bis zu 3.000,00 € pa geltend gemacht werden kann, setzt voraus, dass
 - es sich um Aktien am Arbeitgeberunternehmen oder einem damit konzernmäßig oder sektoral verbundenen bzw in einem Haftungsverbund befindlichen Unternehmen handelt,
 - die Zuwendung allen Arbeitnehmern oder bestimmten Arbeitnehmergruppen (dazu zählen auch ehemalige Arbeitnehmer) eines der angeführten Unternehmen bzw deren Angehörigen eingeräumt wird,
 - die Ausgabe der begünstigten Anteile durch den Arbeitgeber bzw die angeführten, mit dem Arbeitgeber gleichgestellten Unternehmen oder durch eine Mitarbeiterbeteiligungsstiftung erfolgt und
 - die Arbeitnehmer die Aktien und die damit verbundenen Stimmrechte mindestens bis zur Beendigung des Dienstverhältnisses an eine Mitarbeiterbeteiligungsstiftung zur treuhändigen Verwahrung und Verwaltung übertragen.

Werden die Aktien dem Arbeitnehmer vor Beendigung des Dienstverhältnisses ausgefolgt, ist ein geldwerter Vorteil in der Höhe des Werts der ursprünglich in Anspruch genommenen Befreiung anzusetzen.

Alfred Shubshizky

Director, Tax

T +43 732 6938-2316

ashubshizky@kpmg.at

kpmg.at